



BRD geht an die Börse

Date : 31. Januar 2014

Frankfurt.

Die Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH und Co KG mit Sitz in Frankfurt am Main hat sich dazu entschlossen, ihre Gesellschaftsform zu ändern. Das Unternehmen, dessen Hauptgeschäftsfeld der Besitz und Verkauf von Humankapital ist, will an die Börse gehen. Grund dafür sei eine Kündigungswelle unter den Mitarbeitern der Firma, die nach Ansicht von Wirtschaftsexperten weitreichende Konsequenzen bis hin zum Konkurs des Unternehmens haben kann. Um dies zu verhindern, soll aus der Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH zukünftig die Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur AG werden.



Die BRD Finanzagentur GmbH ist mit über 80 Mio Mitarbeitern und einem jährlichen Umsatz von über 500 Mrd Euro eines der bedeutendsten Unternehmen weltweit. Dass sie bei Wissenstests in der Bevölkerung kaum genannt wird, liegt an dem falschen Bild, welches laut dem Meinungsinstitut Infas in den Köpfen der Deutschen zum Thema BRD immer noch verankert ist. Die meisten Deutschen, obgleich selber Personal der Firma, sind laut Infas nach wie vor der Meinung, die BRD sei ein Staat. Und dies war vom Vorstand der BRD bisher auch so gewollt. Die Geschäftsführerin Angela Merkel dazu: „Wir mussten die Bürger aufgrund des Paktes von Jalta täuschen. Nach diesem sind auf deutschem Boden bis ins Jahr 2245 Scheinstaaten zu errichten (Unser Blog berichtete am 29.1.). Die BRD-Lüge sollte dem Bürger vorgaukeln, sie würden in einem souveränen Staat leben, hätten eine Verfassung und ständen unter dem Schutz der Menschenrechte.“ Damit sollte eine Rebellion der Bevölkerung gegen den Pakt von Jalta im Keime erstickt werden.

Aktuell steht die BRD GmbH jedoch vor großen Problemen, die einen möglichen Aufstand gegen



Jalta als Nebensache erscheinen lassen. Immer mehr sogenannte Reichsbürger vernichten ihre Personalausweise und scheiden damit ganz offiziell aus dem Unternehmen aus. Vorangetrieben werden die Firmenaustritte durch Aufklärungskampagnen im Internet über den wirklichen Status der BRD. Die Kündigungswelle kann laut den fünf hauseigenen Wirtschaftsweisen die Liquidität der Gesellschaft drastisch herabsenken. Die fünf Weisen schätzen die Zahl der Austritte, die das Unternehmen noch verkraften kann, auf ca. 500. Würde diese Zahl übertroffen werden, kann eine Insolvenz nicht mehr ausgeschlossen werden. „Es wird also dringend Kapital von außen benötigt“, fordert der Wirtschaftsweise Peter Bofinger.

Dieses Kapital will sich das Unternehmen nun durch einen Gang an die Börse beschaffen. Voraussetzung für eine Rettung der BRD GmbH ist allerdings ein ausreichendes Kaufinteresse an den für März geplanten Neuemissionen. Doch laut Merkel gibt es schon Zusagen für Aktienkäufe aus Tel Aviv und London. Auf Nachfrage zu Details über die Hauptaktionäre verweigerte Merkel den Kommentar. Unbestätigte Angaben verweisen aber auf einen Personenkreis, der ohnehin schon die Geschicke der BRD GmbH steuert. Dieser Machteinfluss soll nun ausgebaut werden.

Um weitere Austritte aus der BRD GmbH zu stoppen, sollen in den nächsten Monaten außerdem verstärkt Chemikalien als sogenannte Chemtrails in die Luft gesprüht werden. Diese sollen die Deutschen gefügig machen und einen weiteren Überlauf zum Reichsbürgertum verhindern. Erstmals sollen dazu auch Windparks zum Einsatz kommen (Auch dazu ein Bericht in unserem Blog vom 30.1.).